Abg. Bähr Losse fragte nach, weshalb die Planung für den Bau des Jugendhilfezentrums in Eitorf erst so spät beginne, sodass eine Bauausführung erst in 2018/2019 erfolge. Im Weiteren bat sie um Auskunft, weshalb der Anteil der Bauunterhaltungskosten für das Kreishaus so hoch sei.

KVD Hahlen führte aus, dass die Maßnahme aus personellen Gründen nicht früher begonnen werden könne. Man habe zwar zahlreiche Überlegungen und Planungen bereits vorgenommen, die externen Planer würden aber gerade erst beauftragt.

Anmerkung der Verwaltung

Die Kosten der Bauunterhaltung beinhalten u.a. Reparaturleistungen, Kosten der Wartung und Sicherheit, Pflege der Außenanlage, Reinigung und der Abfallentsorgung. In den Bauunterhaltungskosten für das Kreishaus sind auch Reinigungskosten i.H.v. 360.000 € enthalten. Da bei den Schulen das Schulamt für die Reinigung zuständig ist, sind diese Kosten bei den Schulen nicht enthalten. Überdies verfügt das Kreishaus über eine aufwändige GLT (Gebäudeleittechnik). Zudem werden über den Bauunterhalt des Kreishauses kleinere Sanierungsprojekte abgewickelt.

Abg. Hoffmeister dankte der Verwaltung für die umfangreiche Vorlage. Er fragte nach, ob die Maßnahmen im Bereich des Rettungsdienstes mit den Planungen und gesetzlichen Vorgaben der zuständigen Verwaltungsstellen korrespondierten. Zudem bat er um genaue Darstellung der Mehrbelastungen im Zusammenhang mit den Flüchtlingsunterkünften. Im Weiteren hinterfragte er die Höhe der Energieeinsparungen. Aufgrund der Vielzahl von energetischen Maßnahmen erscheine ihm die Einsparung sehr gering.

KVD Dahm führte zur Fragestellung in Bezug auf den Rettungsdienst aus, dass das Rettungsgesetz NRW die Kreise und kreisfreien Städte als Träger des Rettungsdienstes verpflichte, regelmäßig die Rettungsinfrastruktur zu überarbeiten und anzupassen. Dies sei letztmalig im Jahre 2012 umfänglich erfolgt. Dies habe dazu geführt, dass mit der Fortschreibung der Rettungsdienstbedarfsplanung ein Maßnahmenbündel mit insgesamt 34 Einzelmaßnahmen festgelegt worden sei. Diese Maßnahmen seien mit den Kostenträgern und mit den Verbänden der Krankenkassen besprochen und abgestimmt worden. Tatsächlich sei es so, dass dieses Maßnahmenpaket auch dazu führe, dass u.a. auch neue Wachen gebaut werden müssten.

Aktuell sei man bereits mit der Vorbereitung der nächsten Fortschreibung der Rettungsbedarfsplanung beschäftigt, die in 2017 verabschiedet werden soll. Aufgrund der Entwicklung der Fallzahlen würden auch zukünftig weitere Maßnahmen anstehen. Von einem Überangebot bzw. Überstandard könne im Rettungsdienst keine Rede sein. Es stünde außer Frage, dass der Rhein-Sieg-Kreis über eine gute Infrastruktur und gute Dienstleister verfüge, die den Rettungsdienst nach den Qualitätsmerkmalen, die der Rhein-Sieg-Kreis als Träger vorgibt, durchführen. Insoweit sei die rettungsdienstliche Versorgung im Kreisgebiet derzeit bedarfsgerecht ausgelegt. Dies entlaste aber nicht von der Verpflichtung der regelmäßigen Überwachung und Verbesserung des Systems.

Zur Frage nach der Mehrbelastung durch die Flüchtlingskrise erläuterte KVD Hahlen, dass für die Monate September 2015 – Februar 2016 durchaus eine große Mehrbelastung für die Kolleginnen und Kollegen vorgelegen habe. Wie in der Vorlage ausgeführt, seien teilweise bis zu 8 Personen beteiligt gewesen, wovon 4 Kolleginnen/Kollegen zwischenzeitlich nichts anders getan hätten. Ein Kollege sei vor Ort in der tatsächlichen Betreuung im Schichtdienst tätig gewesen. Die Mehrbelastung sei eine große Herausforderung gewesen, die man mit allen Beteiligten gemeinsam gemeistert habe.

Zum Thema der Energieeinsparung merkte KVD Hahlen an, dass nur wenige Maßnahmen in 2015 ausgeführt bzw. fertig gestellt worden seien, die eine Einsparung zur Folge hätten. Zu berücksichtigen sei, dass beispielsweise im Kreishaus je Bauabschnitt ca. 70 Büros mit LED Technik ausgestattet würden, was zu einer Einsparung führe, aber gleichzeitig die umfangreichen Baumaßnahmen auch zusätzlichen Energieverbrauch bedeuteten. Man dürfe auch nicht vergessen, dass man eine Verschiebung der Kosten erlebe. Im Zusammenhang mit dem Neubau und der Sanierung von Schulen erfolge auch eine Erneuerung und Verbesserung der Technik. Dies führe regelmäßig zu einer Senkung des Wärmeverbrauchs, umgekehrt jedoch zu einer Erhöhung des Stromverbrauchs, da zusätzliche Lüftungsanlagen installiert würden. Gegenläufig zu den Öl- und Gaspreisen stiegen derzeit die Strompreise durch die gesetzlichen Abgaben.